

Lieferando-Fahrer kämpfen um Existenz: Brutale Realität bei der Arbeit!

Lieferando entlässt Fahrer, führt freie Dienstverträge ein.
Kritiker warnen vor fehlendem sozialen Schutz und
prekären Bedingungen.



Österreich - Im März 2024 kam es zu einem massiven Wandel bei Lieferando in Österreich: Alle 966 Fahrer wurden entlassen und auf freie Dienstverträge umgestellt. Diese Entscheidung hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Arbeitsbedingungen der Plattformbeschäftigten, die nun das volle Risiko selbst tragen, während das Unternehmen Kosten spart. Kritiker, darunter Arbeitsrechtsexperten und die Arbeiterkammer Vorarlberg, sehen die neuen Regelungen als Verlust sozialer Absicherung und warnen vor der Gefahr der Selbstausbeutung. Ein anonym bleibender Fahrer berichtet, dass es oft an der Tagesordnung sei, trotz Krankheit zu arbeiten, da es keine finanzielle Absicherung gibt, wenn man nicht arbeitet. Besonders prekär ist die Situation an Feiertagen oder im Urlaub, da Urlaubstage zu

erheblichen finanziellen Einbußen führen.

Die neuen Bedingungen bei Lieferando bedeuten konkret, dass den Fahrern kein bezahlter Urlaub, kein Weihnachtsgeld und keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zusteht. Das Unternehmen rechtfertigt diesen Schritt damit, wettbewerbsfähig bleiben zu müssen. Die Umstellung auf freie Dienstverhältnisse geschehe schrittweise, was bedeutet, dass die genauen Zahlen der Fahrer im neuen Modell bislang noch nicht bekannt sind. Dennoch wird kritisiert, dass die Maßnahme zu einer allgemeinen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen führt und gesetzliche Regelungen benötigt werden.

Auswirkungen der Arbeitsbedingungen

Ein Fahrer erklärt zu den Arbeitszeiten: „Ich arbeite bis zu 11 Stunden täglich und habe selten Pausen.“ Die Arbeitswoche besteht oft aus sechs Tagen, was den Druck auf die Fahrer erhöht. Zwar empfinden einige die Bezahlung als angemessen, jedoch meist nur, wenn sie Vollzeit arbeiten und keine krankheitsbedingten Ausfälle haben. Die Unsicherheit bezüglich der eigenen Finanzen bringt viele Fahrer in eine angespannte Lage, in der sie kaum Möglichkeiten zur Erholung haben.

Die Arbeiterkammer Vorarlberg beobachtet die Entwicklung in der Branche genau und fordert die rasche Umsetzung der europäischen Plattformarbeitsrichtlinie. Diese Richtlinie nennt wichtige Maßnahmen für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Plattformbeschäftigten, um Transparenz und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Dies wird als dringend notwendig erachtet, insbesondere im Kontext der COVID-19-Pandemie, die die Herausforderungen von Plattformarbeitern verstärkt aufgedeckt hat.

Europäische Perspektiven und Empfehlungen

Eine Entschließung des Europäischen Parlaments unterstreicht die Notwendigkeit, Plattformarbeit besser zu regulieren. Wichtige EU-Verordnungen, wie die zur Förderung von Fairness und Transparenz, sowie die Richtlinie über transparente und vorhersehbare Arbeitsbedingungen spielen hierbei eine zentrale Rolle. Zudem sollten Plattformbeschftigte einen besseren Zugang zu sozialem Schutz und Kollektivverhandlungen erhalten. Die Definitionen für „Plattformarbeit“ und „digitale Arbeitsplattform“ machen die Thematik greifbarer, da sie die Grundlage für zukünftige Regelungen bilden.

Die unverändert hohe Anzahl an Plattformbeschäftigten in Europa und der Mangel an aktuellen, umfassenden Daten über deren Arbeitsbedingungen erfordern endlich einen einheitlichen europäischen Rahmen. Dies könnte nicht nur dazu beitragen, Arbeitsplätze zu schaffen und Flexibilität zu ermöglichen, sondern auch den sozialen Schutz der Beschäftigten deutlich zu verbessern. **Vol.at** und **das Europäische Parlament** alarmieren die Öffentlichkeit und fordern eine wirksame Reform des Arbeitsplatzraums in der Plattformwirtschaft.

Details	
Vorfall	Regionales
Ort	Österreich
Quellen	• www.vol.at • www.europarl.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at